



Mitglieder der LINKEN diskutieren Mieterhöhung mit Bürgern vor Strausberger Stadtparlament.

Skandalös: Wohnungsbaugesellschaft erhöht Mieten Gegenantrag der Strausberger LINKEN abgelehnt

Auf der Strausberger Stadtverordnetenversammlung am 19. Mai wurde der Antrag der LINKEN zur Aussetzung der geplanten Mieterhöhung der stadteigenen Wohnungsbaugesellschaft SWG mehrheitlich abgelehnt. Alle, außer die LINKEN, haben gegen den Antrag gestimmt. Mindestens 20 Mieterinnen und Mieter waren vor Ort, um mit den Stadtverordneten das Gespräch zu suchen und auf ihre Situation aufmerksam zu machen: steigende Energiekosten, Lebensmittelpreise, Lebenshaltungskosten insgesamt. Darum finden wir als Linksfraktion, dass eine Mieterhöhung nicht angesagt ist.

Um sicherzugehen, dass unser Antrag keine Mehrheit findet, wurden diejenigen Stadtverordneten, die selbst Betroffene der SWG-Mieterhöhung sind, unter Druck gesetzt, sich als Befangen zu erklären und damit ihr Stimmrecht zu verlieren. Wir sind als LINKE von dieser Dreistigkeit entsetzt, auf diese Weise MieterInnen ihrer demokratischen Rechte zu entziehen. Der Logik folgend dürften keine PolitikerInnen je über eine Diätenerhöhung abstimmen! Die SWG argumentiert bei den Mieterhöhungen mit Gerechtigkeit. Die neuen MieterInnen wären durch die teureren Mieten ge-

genüber den Langzeitmietenden benachteiligt. Doch Gerechtigkeit wäre, wenn die realen Kosten der Häuser auf die Mieter gleichberechtigt verteilt würden. Oder wenn es soziale Mietstufungen gäbe. Die kommunale Strausberger Wohnungsbaugesellschaft sollte nicht profitgetrieben, sondern gemeinwohlorientiert sein. Wir sind nicht bereit, eine Strausberger Mietpreisspirale, die damit in Gang gesetzt wird, hinzunehmen. Wer sich uns anschließen will, kann sich gern unter strausberg@dielinke-mol.de melden.

Susanne Lang

**Friedensfest
auf dem Marktplatz**

Seite 3

**Sondervermögen für
Soziales statt Rüstung**

Seiten 4

**Aus für Schwedt
wäre Katastrophe**

Seite 5

**Überraschendes
entlang des Douros**

Seite 7

◀ Linke vor Ort

Gedenktage dürfen nicht uminterpretiert werden

Dank der Roten Armee für Befreiung vom Faschismus am 8. Mai

„Den Soldaten der Roten Armee, die gemeinsam mit den Alliierten zur Befreiung vom deutschen Faschismus und zur Beendigung des Zweiten Weltkrieges 1945 entscheidend beigetragen haben, gilt unsere Demut und unser Dank! Zu den Millionen getöteten Soldaten zählten auch viele Ukrainer.“ Daran erinnerte der Vorsitzende der Linksfraktion im Kreistag Märkisch-Oderland, Uwe Salzwedel, bei einer Gedenkveranstaltung der LINKEN am 8. Mai in der Gedenkstätte Seelower Höhen. Dabei hob er hervor, dass 1985 der damalige Bundespräsident Richard von Weizsäcker diesen Tag als Tag der Befreiung in das Stammbuch deutscher Geschichte geschrieben hat. Leider gäbe

es angesichts des aktuellen russischen Krieges gegen die Ukraine Bestrebungen, das bedeutsame historische Datum umzuinterpretieren. Das sei gefährlich. Denn das Innehalten und ehrende Gedenken an Gräbern gefallener Sowjetsoldaten gelte zugleich allen rund 60 Millionen Opfern des von Hitlerdeutschland entbrannten verheerenden Weltkrieges.

Mahnendes Wachhalten der Geschichte und der Einsatz für Frieden mittels Diplomatie statt weiterer Aufrüstung seien Gebote der Stunde, so Salzwedel. Frieden erreiche man nicht mit Krieg. Es müsse um Ausstiegsszenarien aus dem Krieg gerungen werden. Am Mahnmal des sowjetischen Soldaten in der Gedenkstätte



legten neben zahlreichen Mitgliedern und Sympathisanten die Landtagsabgeordnete Bettina Fortunato und Thomas Domres sowie die Co-Landesvorsitzende, Katharina Slanina, und der Kreisvorsitzende der LINKEN, Niels-Olaf Lüders, Blumen und Gebinde nieder.

AntifaschistInnen fordern Diplomatie

Gemeinsam mit vielen Bürgerinnen und Bürgern gedachten Mitglieder der LINKEN an zahlreichen Sowjetischen Ehrenmalen in weiteren Städten und Gemeinden Märkisch-Oderland am 8. Mai der unzähligen Opfer des Weltbrandes u. a. auch in Altlandsberg, Bad Freienwalde, Eggersdorf, Müncheberg und Strausberg.

In Strausberg und Müncheberg hatte der Verein der Verfolgten des Naziregimes – Bund der AntifaschistInnen (VVN-BdA) zu Gedenkveranstaltungen eingeladen. Das Mitglied der VVN und Vorsitzende des Stadtverbandes Strausberg der LINKEN, Gianna Faust, unterstrich hier in ihrer Ansprache: „Wir sagen an diesem Tag Danke an die sowjetischen SoldatInnen und an alle alliierten Armeen für die militärische Niederschlagung des deutschen Faschismus und ehren ihr Andenken. Mit ihrem Mut und ihrer Opfer-

bereitschaft haben sie die Welt von der faschistischen Barbarei befreit. Krieg, egal wer ihn auch führt, sollte schon lange kein Mittel mehr zur Lösung politischer Konflikte sein. Wir AntifaschistInnen fordern die Rückkehr zu einer Diplomatie, die Wege sucht und Kompromisse findet, den Frieden wieder herzustellen.

len. Abrüsten statt Aufrüsten! Kein 100-Milliarden-Sondervermögen für die Bundeswehr! Weltweite Entnazifizierung – Solidarität mit allen AntifaschistInnen! Sofortiger Abzug aller russischen Truppen aus der Ukraine! Aufrüstung gehört nicht ins Grundgesetz, der 8. Mai als Feiertag schon!“, so Gianna Faust. r. a.



Gedenken am Sowjetischen Ehrenmal in Bad Freienwalde

Foto: M. Büchel

◀ Linke vor Ort

Traditionelles Friedensfest 27. August Marktplatz Strausberg

Ein hörbarer Ruf nach Frieden wird auch in diesem Jahr wieder von Strausberg ausgehen. Wie seit Beginn der 90er Jahre, traditionell rund um den Weltfriedenstag am 1. September, werden Mitglieder und Sympathisanten der Linkspartei aus Märkisch-Oderland an mehreren Orten erneut gut vernehmbar ihre Stimme gegen Kriege, Aufrüstung, Rüstungsexporte und Auslandseinsätze der Bundeswehr erheben.

Am 27. August 2022 ab 11 Uhr werden sie erstmals auf dem Marktplatz in Strausberg einen Tag lang mit vielfältigen Foren, Diskussionen und Kulturbeiträgen vor allem den aktuellen Krieg in der Ukraine thematisieren und verurteilen. Dazu sind namhafte Gäste wie Dagmar Enkelmann, Kerstin Kaiser und Luise Neubauer als GesprächspartnerInnen eingeladen.

Eine kleine Arbeitsgruppe um die

Strausbergerin Ute Wunglück bereitet seit einigen Monaten das umfangreiche Programm mit Talk und Musik, zahlreichen Ständen, Ausstellungen und Angeboten für Kinder vor.

Am 26. August, ab 18 Uhr, finden zudem im Rahmen der Friedenswoche des Kreisverbandes der LINKEN das traditionelle Hoffest

am Linkstreff in Seelow statt sowie ein Konzert mit dem Songwriter Torsten Riemann am 4. September ab 16 Uhr auf dem Rathaushof in Hoppegarten.

Mit Spenden an den Kreisverband können die Veranstaltungen gern unterstützt werden, bitte an: DIE LINKE.MOL

DE97 1705 4040 3008 0274 49



LINKE bringen im Stadtzentrum Seelow ein Banner gegen den Krieg in der Ukraine an.

DIE LINKE sucht Wege aus der Krise auf Parteitag 24. bis 26. Juni

DIE LINKE befindet sich in der größten Krise ihrer Geschichte.

Die Rosa-Luxemburg-Stiftung analysiert Anfang Juni: „Die Lage der Partei ist durch einen schreienden Widerspruch geprägt: Sie verfügt über ein starkes Potential von knapp einem Fünftel der Wahlbevölkerung und wird doch immer weniger gewählt. Sie hat in den letzten zehn Jahren 30000 neue, vornehmlich junge Mitglieder, gewonnen und ist trotzdem nicht auf der Höhe der Zeit. Ihre sozialen Forderungen werden breit unterstützt, sie selbst aber nicht. Und dies gerade von denen nicht, die des sozialen Schutzes am meisten bedürfen und für die Gerechtigkeit im Zentrum steht. Die Suche nach Alternativen zum Kapitalismus ist für mehr als ein Drittel der Bevölkerung wich-

tig, aber nicht die sozialistische Partei DIE LINKE. Die Partei will „die“ LINKE sein, vertrat aber in allen zentralen Fragen der letzten Jahre (Migration, Klima, Corona, Ukrainekrieg) gegensätzliche Positionen. Diese Widersprüche stellen die Existenz der Partei DIE LINKE in Frage. Unübersehbar ist, dass der Aufbau eines strategischen Führungszentrums von Partei und Bundestagsfraktion die nächste und dringlichste Herausforderung ist. Die damit verbundene Aufgabe muss 2022 gelöst werden, wenn die Partei DIE LINKE eine Zukunft haben soll. DIE LINKE wird dringend gebraucht – doch dafür muss sie sich neu begründen.“

Auf dem Bundesparteitag vom 24. bis 26. Juni in Erfurt werden die Delegierten einen neuen Partei-

vorstand wählen und Leitanträge des Vorstandes diskutieren.

„Wir wollen denjenigen Menschen, die uns gewählt oder nicht mehr gewählt haben, die zweifeln oder neugierig auf Alternativen sind, neue Antworten geben – und das, was richtig war und bleibt, geschlossener und mutiger nach außen vertreten. Dafür wollen wir DIE LINKE gemeinsam erneuern und uns für die neue Zeit gesellschaftlicher Richtungsentscheidungen aufstellen“, heißt es im ersten Leitantrag.

Vor der LINKEN als einzige konsequente Friedens-, Klima- und Sozialpartei steht eine Mammutaufgabe. Aus Märkisch-Oderland werden Renate Adolph, Maria Düsterhöft, Niels-Olaf Lüders und Martin Schulheiß an dem Parteitag teilnehmen.

◀ Kolumne

Licht und Schatten

Überlegungen von Rainer Donath und Gerhard Schwarz

Deutschland ist schön und unser Leben ist gut, aber es könnte besser sein. Herrliche Landschaften, gute Arbeit in Betrieben, grüne Wälder, gelbe Felder, fließende Bäche, fröhliche Menschen beim Wandern und Tanzen. Andererseits spürt man die Sorgen vor der Zukunft, den steigenden Preisen, an der Tankstelle macht nicht einmal Urlaub Spaß, zu wenig Personal in Gaststätten und in allen handwerklichen Branchen.

Die meisten Menschen sind nett und verständnisvoll, solange man nicht über den Krieg, die Aufrüstung, die schlechte, verlogene Berichterstattung, das angekündigte Öl- und Gasembargo, die gefährdeten Betriebe, die mangelnden Bau- und Rohstoffe, die Energiepolitik der EU und Aussagen von Politikern spricht.

Kein Wunder, denn laut Aussagen unserer Außenministerin zu den Konsequenzen der politischen Weltlage scheint es ja nur noch um Krieg und nicht um Dialog zum

Frieden zu gehen. Die Frage nach dem „Wie“ in der Zukunft wird ausgeklammert. Ein Hohn sind die Worte des Bundeswirtschaftsministers Habeck, dass „arme Menschen noch ärmer werden“, denn die Menschen bezahlen die Zechen. Aber nur die Armen, denn die Reichen scheinen immer reicher zu werden. Veröffentlichte Gewinne der großen Konzerne belegen dies. Aber eine Reichensteuer zum Ausgleich der Kosten der Armen wird weiter abgelehnt. Nur für Wohlhabende klingt der Verzicht gut, für die anderen aber zynisch und vernichtend.

Unsere Umwelt retten wir jetzt, so die Vorschläge der EU, mit länger laufenden Atom- und Kohlekraftwerken sowie hochtrabenden Zielen, ohne zu sagen, wie diese erreicht werden sollen. Die angedachten Milliarden für Investitionen regeln nicht das Leben und verbessern es nicht. Sie potenzieren allerdings die Gewinne der Rüstungsindustrie.

Man stelle sich vor, in Schwedt kommt kein Öl mehr aus der Trasse. Das soll künftig mit Schweröl betriebenen Tankern über die Meere und mit einer neuen Flotte von Tankfahrzeugen über die Straßen herangekarrt werden. Das ist das moderne Bild von neuem Umweltschutz. Über Windkraft und Solaranlagen wird zwar viel gesprochen, aber leider fehlen die Taten derjenigen, denen das Wort Klimaschutz so leicht von den Lippen geht. Pardon, daran sind ja die Russen schuld.

Alle sagen, dass das nicht so sein müsste, denn es liegt doch in der Hand der Bundesregierung und des Bundestages, dies anders zu gestalten. Diese Regierung hat von den Wählern nicht den Auftrag bekommen, unser Land in Grund und Boden zu wirtschaften. Das Leben ist schön, solange man das Schlechte ausblenden kann oder zu denen gehört, die sich um Preise und um Geld keine Sorge machen müssen.

Sondervermögen für soziale Sicherheit statt Hochrüstung

Forderungen der Bundestagsabgeordneten Sevim Dagdelen



„Das sogenannte ‚Sondervermögen Bundeswehr‘ über 100 Milliarden Euro als Grundstein für die dauerhafte Hochrüstung in Deutschland ist eine unglaubliche Verschleuderung von Steu-

ergeldern auf Kosten breiter Teile der Bevölkerung. Angesichts explodierender Preise bei Energie und Ernährung braucht es eine Zeitenwende für soziale Sicherheit, nicht für die organisierte Bereicherung von Rüstungskonzernen“, erklärte Sevim Dagdelen, Obfrau der Fraktion DIE LINKE im Auswärtigen Ausschuss und Sprecherin für Internationale Politik und Abrüstung, im Mai.

„Ampel-Regierung und Union haben jeden sozialpolitischen Kompass verloren, wenn sie über 100 Milliarden Euro Sonderschulden und ein neues Bundeswehr-Fi-

nanzierungsgesetz die dauerhafte Erhöhung der Rüstungsausgaben auf jährlich jeweils über 70 Milliarden Euro zur Einhaltung des Zwei-Prozent-Aufrüstungsziels der NATO festschreiben. Die Anschaffung von Atombomben des Typ F-35, neuen Panzersystemen und bewaffneten Drohnen lässt die Aktienkurse und Gewinne der großen Waffenschmieden in die Höhe schnellen und treibt die Armutsspirale weiter nach unten. DIE LINKE fordert eine einmalige Vermögensabgabe für Superreiche und die Einführung einer Vermögenssteuer.“

◀ **Unsere Abgeordneten in den Parlamenten**

Sebastian Walter: Schwedt braucht einen Garantieplan

Zu den ausgehandelten Bedingungen für das Öl-Embargo erklärte der Vorsitzende der Linksfraktion im Landtag Brandenburg, Sebastian Walter, am 31. Mai:

„Ich begrüße die Möglichkeit von Ausnahmegenehmigungen beim Öl-Embargo auf EU-Ebene. Aber nach wie vor gibt es keine klaren Entscheidungen für Schwedt. Vieles ist vage und bleibt unklar. Der von uns geforderte Garantieplan für das PCK ist weiter in Ferne.

Wir fordern deshalb Ministerpräsident Woidke auf, Druck im Bund zu machen, dass die Ausnahmegenehmigung auch für Ostdeutschland gilt. Wirtschaftsminister Habeck muss jetzt das kleine Zeitfenster nutzen und Entscheidungen für die PCK-Arbeitsplätze, für den Wirtschaftsstandort und damit für den Osten Deutschlands treffen. Es gibt die Chance, den Transformationsprozess voranzutreiben, aber eben mit Vernunft, Verstand und dem Vertrauen der Menschen vor Ort.“

Gefahren eines totalen Embargos für Region

Bereits beim Besuch der Vorsitzenden aller bundesdeutschen Linksfaktionen im Stahlwerk Eisenhüttenstadt am 13. Mai hatte er unterstrichen:

„Ähnlich wie Schwedt hängt auch Eisenhüttenstadt vom russischen Öl ab. Ein totales Embargo gegen Russland hätte katastrophale Folgen für die beiden großen Werke in Brandenburg. Die 1200 Beschäftigten der PCK Raffinerie Schwedt und die 2700 Werk tätigen des Stahlwerkes ArcelorMittal Eisenhüttenstadt brauchen eine sichere Perspektive. Die beiden Werke gehören zu den größten Arbeitgebern im Norden Brandenburgs. Die Erfahrungen aus den 90er Jahren sitzen bei vielen noch

tief. Es droht, dass die ostdeutsche Wirtschaft um Jahrzehnte zurückgeworfen wird.

Wir fordern deshalb die Unterstützung der Brandenburger Landespolitik. Beschäftigungsgarantien sind dringend nötig. Lohn- und Gehaltszahlungen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter müssen durch entsprechende Maßnahmen staatlich sichergestellt werden. Land und Bund müssen darüber hinaus gemeinsam Maßnahmen ergreifen, um die Regionen Schwedt und Eisenhüttenstadt beim Aufbau einer nachhaltigen Industrie zu unterstützen und auch finanziell zu begleiten.“

Aus für das PCK wäre Katastrophe

Zum notwendigen Fortbestand der PCK-Raffinerie sagte Sebastian Walter: „Sie versorgt weite Teile Brandenburgs, Berlins und Mecklenburg-Vorpommerns mit Heizöl. Neun von zehn Autos in der Region fahren mit Kraftstoff aus dem PCK. Auch der Flughafen BER ist von Kerosin aus Schwedt abhän-

gig. Die Raffinerieprodukte sind darüber hinaus Schmierstoff für die chemisch-pharmazeutische Industrie, die 55000 Menschen in 160 Unternehmen beschäftigt. Ein Embargo wäre eine soziale Katastrophe für die Region und ein Desaster für die Energieversorgung dreier Bundesländer. Die Wirtschaft hätte mit Lieferengpässen bei Rohstoffen zu kämpfen.

Die Raffinerie ist auf das sibirische Öl aus der Druschba-Pipeline geiecht. Sie kann nicht von heute auf morgen andere Rohstoffe verarbeiten. Eine Umstellung mit Öl aus den Ostsee-Häfen Rostock und Danzig würde Zeit und eine Produktionspause erfordern, die wirtschaftlich kaum zu stemmen wäre.

Ein Umbau der Raffinerie auf die Produktion grünen Wasserstoffs wäre langfristig ein Zukunftsplan, aber kurz- und mittelfristig unmöglich. Grüner Wasserstoff lässt sich bislang vor allem im kleinen Maßstab erzeugen, noch kaum in industrieller Massenproduktion. Eine Umstellung von PCK würde Jahre dauern.“



◀ **Unsere Abgeordneten in den Parlamenten**

Ehrung für Engagement während der Pandemie

In den vergangenen zwei Jahren haben sich viele Bürgerinnen und Bürger unseres Landes in ihren Berufen oder auch ehrenamtlich bei der Bekämpfung der Corona-Pandemie engagiert. Zu ihnen gehören u. a. Ärztinnen und Ärzte, Pflegepersonal, Verkäuferinnen und Verkäufer, Polizistinnen und Polizisten genauso wie die vielen freiwilligen Helferinnen und Helfer. Ihr Engagement war in dieser schweren Zeit der Pande-

mie ein unschätzbar wertvolles Gut. Dafür sagt der Landtag Danke und lädt für den 2. Juli einen kleinen Teil der vielen Helferinnen und Helfer in das Krongut Bornstedt ein. Landtagsabgeordnete Bettina Fortunato übergab zwei Einladungen an die Ärztin für Innere Medizin Frau Ulrike Pilz und an die Kardiologin Frau Dr. Olthoff, die eine Gemeinschaftspraxis in Strausberg betreiben. Diese zwei Ärztinnen haben während

der Corona-Pandemie neben ihren Sprechzeiten die Coronaimpfungen bis in die späten Abendstunden in ihrer Praxis und an den Wochenenden im Impfzentrum durchgeführt. Dass man nicht allen Helferinnen und Helfern auf diese Weise danken kann, ist Bettina Fortunato schon bewusst. Aber es ist ihr auch eine Freude, diesen zwei Frauen zu danken.

Simone Schubert



Im Rahmen der 9-Euro-Ticketaktion unterstützt die Fraktion DIE LINKE. im Landtag Brandenburg die Kampagne #Ticketpaten und spendet 200 Fahrkarten an benachteiligte Menschen in Brandenburg. Dazu erklärte der Fraktionsvorsitzende Sebastian

Walter: „Viele Menschen können Dank des Neun-Euro-Tickets endlich mal wieder Ausflüge machen. Für viele Menschen, können selbst 9 Euro eine große Hürde darstellen. Denn Mobilität ist ein Grundrecht und darf kein Privileg sein!“

Sahra Wagenknecht in Neuenhagen **Nicht Waffen - sondern Friedensverhandlungen notwendig**

Rund 500 BesucherInnen drängten sich am 1. Juni im ausverkauften Bürgersaal Neuenhagen.



Foto: R. Adolph

Sie wollten wissen, was die Bundestagsabgeordnete der LINKEN Sahra Wagenknecht in ihrem Buch „Die Selbstgerechten“ zur Situation der Linken zu sagen hat und wie sich in der Diskussi-

on zeigte, vor allem wie sie zum Krieg in der Ukraine steht.

Eingangs verwies die Politikerin darauf, dass sich ihr Buch mit Linkssein im 21. Jahrhundert auseinandersetzt. Ihre These: DIE LINKE habe sich zunehmend von ihren Kernthemen Frieden und soziale Gerechtigkeit entfernt und sei zu wenig in den sozialen Milieus unterwegs, für die sie eigentlich da sei. Sie bezeichnete dies als Linkliberalismus. Die Partei solle sich darauf besinnen, wozu sie gegründet worden sei.

Das „Sondervermögen“ von 100 Milliarden Euro für die weitere Ausrüstung sei lange geplant gewesen und erreichte angesichts des Ukrainekrieges leider breite Zustimmung. Das Geld würde im sozialen Bereich dringend gebraucht, vor allem in der Bildung. Wagenknecht

verurteilte den Ukraine-Krieg, von dem viele unschuldige Menschen betroffen sind. Kriege seien immer auf Einflussphären, Rohstoffe und Absatzmärkte gerichtet. Er habe bisher nur den USA genutzt. Bei Verhandlungen in Istanbul, drei Wochen nach Kriegsbeginn, habe der ukrainische Präsident Selenski der russischen Regierung ein Neutralitätsangebot und Stillstandsabmachungen angeboten. Kurz darauf hätte USA-Präsident Biden dieses Ansinnen gestoppt und massive Waffenlieferungen der USA angekündigt. Die NATO sei inzwischen gestärkt. Nicht Waffenlieferungen könnten den Krieg beenden, sondern nur Friedensverhandlungen, so Wagenknecht, immer wieder von starken Zwischenbeifällen unterbrochen.

r. a.

◀ **Weltenbummler**

Morbider Charme alter Städte und grüne Weinbergterrassen

Renate Adolph über Eindrücke entlang des portugiesischen Douros

Mit ihrer wunderbar charmanten morbiden Schönheit überrascht uns die alte portugiesische Hafenstadt Porto. Mehrstöckige bunte Häuser drängen sich hier auf beiden Uferseiten des Douros dicht an dicht Anhöhen hinauf. Viele Fassaden zieren Fliesen mit typisch portugiesischen Mustern. Die Bauten sind zumeist nur durch enge Gassen erreichbar. Zurecht gehört die faszinierende Altstadt Portos zum UNESCO-Weltkulturerbe. Auf den Promenaden im Hafenviertel reihen sich Tisch an Tisch vor gut besuchten Kneipen, Cafés und Restaurants. Straßenmusiker und Händler sorgen zudem für entspanntes Flair. Laute Musik erfreut hier bis spät in die Nacht Einheimische und Touristen. Was für ein schöner Ort! Von Porto aus (mit 350 000 Einwohnern die zweitgrößte Metropole Portugals nach Lissabon) starten mein Mann und ich gemeinsam mit 80 weiteren TeilnehmerInnen zu einer Flusskreuzfahrt durch Nordportugal. Die Route führt uns ins Landesinnere, entgegen dem eigentlichen Flusslauf des rund 900

Kilometer langen Douros, der in Spanien entspringt und bei Porto in den Atlantik mündet. Entlang des Stromes lernen wir weitere alte sehenswerte Städte mit historischen Einflüssen der Römer, Mauren und Christen kennen.

An den Ufern des Douros erwarten uns grüne Hänge und Berge, schroffe Felswände, Felder mit Korkeichen und Olivenbäumen und natürlich unzählige terrassenartig angelegte Weinberge. Dabei schlängelt sich der Fluss auch durch Alto Douro, die Heimatregion des Portweins. Sie ist die älteste Weinbauregion der Welt und zählt ebenfalls zum UNESCO-Weltkulturerbe. Immer wieder ragen weiße Gebäude von Weingütern, den sogenannten Quintas, aus der üppig grünen Landschaft.

Von unserer gut ausgebildeten portugiesischen Reisebegleiterin erfahren wir, dass seit mehr als 2000 Jahren im Alto Douro, dem „Hohen Douro“, Wein angebaut wird. Schon die einst in das Land eingedrungene Römer hatten die idealen Bedingungen des trocken-heißen Klimas für Weinreben erkannt.

Wirtschaftliche Herausforderungen für Portugal

Zu einem weiteren wichtigen Wirtschaftszweig zählt heute auch die aufwendige Korkproduktion aus mitunter sehr alten Bäumen. Sie macht die Hälfte des weltweit hergestellten Korks aus. Korktaschen, -untersätze, -hüte und vieles mehr begegnen uns auch auf den Märkten aller Haltepunkte unserer Fahrt.

Viele Portugiesen leben von Landwirtschaft, Fischfang und Tourismus. Dabei steht die Fischerei vor großen Herausforderungen – hier, wo vorrangig Fisch gegessen wird. Die Bestände vor den Küsten schrumpfen, vor allem die des hiesigen Lieblingsfisches Sardine. In den vergangenen Jahren wurden bereits Fangstopps verhängt.

2017 war das erfolgreichste Jahr mit rund 13 Millionen ausländischen Gästen, vor allem aus Großbritannien, Spanien, Frankreich und Deutschland. Durch die Pandemie musste das Land große Einbußen im Tourismus hinnehmen, erklärt die Reisebegleiterin. Dadurch stieg die Arbeitslosigkeit erneut immens an. Viele Einheimische arbeiten in europäischen Nachbarländern, um zum Lebensunterhalt der Familien beizutragen. Außerdem erfahren wir, dass es große regionale Unterschiede bei Löhnen und Gehältern gibt. In Lissabon und Umgebung liegt der monatliche Durchschnittslohn mit ca. 1.054 Euro am höchsten. Schlusslicht bildet die Region Algarve mit 840 Euro.

Die kleine Reise lohnt sich, um einen Blick in Geschichte und Gegenwart einer anderen Kultur ganz in unserer Nähe zu werfen.



Foto: W. Adolph

Bürgerbüros

Bettina Fortunato (Mdl)
Bürgerbüro Seelow
 Breite Straße 9
 15306 Seelow

Telefon:(0 33 46) 85 21 45
 Telefax: (0 33 46) 85 21 47
 buero-fortunato@t-online.de
 www.bettina-fortunato.de
 Montag bis Donnerstag
 9.00 - 13.00 Uhr

Geschäftsstellen

Kreisgeschäftsstelle MOL
 www.dielinke-mol.de
 info@dielinke-mol.de

Strausberg

Große Straße 45
 15344 Strausberg
 Telefon:(0 33 41) 31 17 96
 Telefax: (0 33 41) 31 47 75
 strausberg@dielinke-mol.de
 www.dielinke-strausberg.de

Montag bis Donnerstag
 10.00 -12.30 Uhr

Bad Freienwalde

Grünstraße 8
 16259 Bad Freienwalde
 Telefon/Fax: (0 33 44) 33 45 41
 frw@dielinke-mol.de
 www.dielinke-frw.de
 jeden 1. Dienstag im Monat
 9.30 -11.30 Uhr
 und jeden Donnerstag
 16.00 - 18.00 Uhr

LinksTreff Seelow

Breite Straße 9
 15306 Seelow
 Telefon/Fax: (0 33 46) 85 21 47
 seelow@dielinke-mol.de
 www.dielinke-seelow.de
 Montag bis Mittwoch
 9.00 -12.00 Uhr

Nächste Ausgabe

Redaktionsschluss: 1. Juli 2022
 Erscheinen: 15. Juli 2022

IMPRESSUM

Herausgeber: Kreisvorstand der Partei DIE LINKE. MOL. Zuschriften bitte an die Geschäftsstelle in Strausberg. Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften bei Veröffentlichung redaktionell zu bearbeiten. Veröffentlichte und namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Der Druck der Zeitung „Impulse“ wird durch Spenden finanziert.

V.i.S.d.P.: Niels-Olaf Lüders, Tel. 03341-311796, Redaktion: Renate Adolph, Simone Schubert, info@dielinke-mol.de.
 Layout u. Satz: Fortunato Werbung, www.fortunato-werbung.de, Fotos/Grafiken: DIE LINKE. MOL, privat

◀ **Treffpunkt Große Straße 45**

Wir freuen uns auf Euren Besuch in der Kreisgeschäftsstelle der LINKEN in Strausberg.

Gemeinsames Frühstück
 jeden Freitag, 9 bis 11 Uhr

Rotes Café
 23. Juni
 15 bis 17 Uhr

Kostenlose Rechtsberatung – DIE LINKE hilft

jeden 1. Dienstag im Monat, 18.30 Uhr, vor Ort oder <https://videokonferenz.die-linke.de/b/mat-olu-Osb-etw>

[**Beratung des Kreisvorstandes – 22. Juni, 18.30 Uhr**]

Sommerklausur der Kreistagsfraktion

Die Linksfraktion im Kreistag Märkisch-Oderland trifft sich am **8. und 9. Juli** zu ihrer Sommerklausur im Sport- und Erholungspark Strausberg. Die Abgeordneten wollen sich vor allem über ihre Vorstellungen bei der Entwicklung

des Landkreises in den nächsten fünf Jahren verständigen, insbesondere unter den Bedingungen einer angespannten finanziellen Situation und mit Blick auf den sozialen Bereich. Dazu haben sie sich auch Landrat Gernot Schmidt und den ersten Beigeordneten Friedemann Hanke eingeladen.

Pressefest der kleinen Zeitungen

Am **18. Juni** findet in Bernau am Steintor das traditionelle Pressefest der kleinen Zeitungen statt, zu dem die „Offenen Worte“ und die Landesarbeitsgemeinschaft „Rote Reporter“ der Brandenburger LINKEN einladen. Bürgermeister und Schirmherr, André Stahl, wird das Fest um 10 Uhr eröffnen. Durch den Tag mit Ständen, Musik, Talk und Spendenlauf führt

Dagmar Enkelmann. Auf der Bühne werden u. a. die Gruppe „manifest“ mit Klezmer-Musik und Dallis Gaukelzauber zu sehen und hören sein. Die Roten Reporter nutzen die Gelegenheit, um sich gemeinsam mit der Co-Landesvorsitzenden der LINKEN, Katharina Slanina, über die Öffentlichkeitsarbeit im Landesverband auszutauschen. Zum Abschluss wird es um 17 Uhr ein Programm mit dem Liedermacher und Buchautoren Hartmut König in der Stadthalle Bernau geben.

◀ **Wusstest Du schon?**

Kult ums Moped

Das Modell Schwalbe und S 51 ist eine Erfolgsgeschichte, made in DDR. Simson-Mopeds aus Suhl erfreuen sich immer mehr einer wachsenden Fangemeinde. Diese Modelle sind heute die meistgefahrenen Retromopeds und

haben den im Westen beliebten Zweirädern wie Zündapp den Rang abgefahren.

